

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Florian Gerster, Staatsminister, hält die politische Strategie der SPD für verbesserungsfähig: Vom Gejagten zum Jäger werden.

Seite 1

Ottmar Schreiner MdB erinnert an den SPD-Sozialpolitiker Ernst Schellenberg: Motor der Sozialreform.

Seite 2

Dokumentation

Günter Gaus sprach in Dresden: Über die Macht der Hölle und der deutsche Gruß unserer Tage. (Teil III)

Seite 3

47. Jahrgang / 35

19. Februar 1992

Vom Gejagten zum Jäger werden

Zur politischen Strategie der Sozialdemokraten

Von Florian Gerster

Staatsminister

Stellvertretender Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Die Entscheidung des Bundesrates zugunsten des "Steuerpakets 92" des Bundesfinanzministers wirkte auf eine breite Öffentlichkeit als Niederlage der SPD. Wohlhabende, unionsregierte Länder im Süden der alten Bundesrepublik und alle Länder im Osten Deutschlands fanden sich zu einer punktuellen, an Interessen orientierten knappen Mehrheit.

Die Bevölkerung erreichte fast ausschließlich der Streit um die Erhöhung der Mehrwertsteuer, der zunehmend wie eine Auseinandersetzung über den richtigen Zeitpunkt und die konkrete Begründung einer im Prinzip unvermeidlichen Maßnahme wirkte. Jetzt nicht, so nicht, noch nicht: Das konditionierte Nein klang ähnlich wie bei anderen sozialdemokratischen Aussagen - über Zuwanderung und Asylrecht oder die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Aktionen internationaler Friedenssicherung. Defensive Argumentationsmuster: Eine Partei, die selbst die Themen bestimmen will, muß jedoch in die Offensive, muß vom Gejagten zum Jäger werden.

Zurück zum Steuerpaket 92: Es hätte genug Gründe für eine politische Offensive gegen die Bundesregierung gegeben. Eine solche Offensive hätte sich des Rückhalts der betroffenen Bevölkerung versichern müssen, um die Themen der öffentlichen Auseinandersetzung mit Aussicht auf Erfolg zu bestimmen. Der Skandal weiterer Umverteilung zugunsten der Bezieher hoher Einkommen über erhöhte Kinderfreibeträge bei lächerlich geringem Kindergeld wäre als zentrales Kampagnen-Thema geeigneter gewesen als steuerpolitische Fachdebatten. Auch das zynische Kalkül der in Bonn Regierenden, zusätzliche Milliarden für Ostdeutschland den strukturschwachen (SPD-regierten) Ländern im Westen wegzunehmen, hätte der Bevölkerung in den betroffenen Ländern mit einfachen, bildhaften Botschaften vermittelt werden müssen.

Eine Argumentation aus der Defensive erschwert es, den politischen Gegner dort zu stellen, wo er verwundbar ist:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erweiterte Umsetzung
mit innovativen Technologien
Kreuzungspapier



- Die Notwendigkeit der Aufstockung des Fonds Deutsche Einheit ist in Wahrheit der Beweis für das Versagen des Bundes beim wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands (Stichwort: Rückgabe vor Entschädigung).
- Die Bundesregierung hat ihr Wort vom Juni 1991, mit einem Konversionsprogramm strukturschwächeren Ländern bei der Bewältigung der Abrüstungsfolgen zu helfen, dreist gebrochen.
- Statt dessen ist das auf zehn Jahre angelegte Strukturhilfegesetz trotz seiner ausdrücklichen Bestätigung im Einigungsvertrag ohne jede Kompensation gekündigt worden (Einnahmeverlust in Rheinland-Pfalz: fast dreihundert Millionen Mark im Jahr).
- Außerdem weigert sich Bundesfinanzminister Walgel bis heute, ehemalige militärische Liegenschaften zu einem symbolischen Preis Ländern und Gemeinden zur Verfügung zu stellen, und verbaut damit die Chancen zur Verbesserung der Infrastruktur in Regionen, die Jahrzehntlang hohe Verteidigungslasten getragen haben.

Die SPD muß in die Offensive, um die Fehlleistungen der Regierung Kohl aufzudecken und bewußt zu machen. Dies gilt auch für andere heißumkämpfte Themenfelder:

- Die Weigerung des Bundes zur Beendigung des Kriegsfolgerechts provoziert geradezu die Zuwanderung von Millionen Deutschstämmiger aus Osteuropa.
- Mit dem Verzicht auf eine vorausschauende Bundeswehr-Reform verschenkt die Bundesregierung die Chancen der veränderten Sicherheitslage in Europa.
- Trotz des drohenden Ozonlochs über der nördlichen Halbkugel ist die Bonner Koalition nicht einmal zu einem generellen Tempolimit auf Autobahnen als Sofortmaßnahme fähig.

Zur politischen Offensive gehört auch eine konsequente, erfolgsorientierte Personalpolitik, die Bereitschaft, programmatischen Ballast abzuwerfen und Disziplin in der Selbstdarstellung. Daß sich die Öffentlichkeit an den Kanzler aus Oggersheim inzwischen gewöhnt zu haben scheint, darf der deutschen Sozialdemokratie den Willen zur Macht nicht nehmen.

(-/19. Februar 1992/st/ks)

"Ernst Schellenberg - Motor der Sozialreform"
Am 20. Februar wäre Schellenberg 85 Jahre alt geworden

Von Ottmar Schreiner MdB

Einer der bedeutendsten Gestalter der bundesdeutschen Sozialpolitik, Professor Dr. Ernst Schellenberg, wäre am 20. Februar 85 Jahre alt geworden. Nahezu 25 Jahre gehörte er dem Deutschen Bundestag an; 19 Jahre führte er den Vorsitz im Bundestagsausschuß für Sozialpolitik.

Herbert Wehner hat ihn einmal als den "Motor der wirklichen Sozialreform" bezeichnet. Dem Aufbau eines wirkungsvollen Sozialsystems in der Bundesrepublik widmete Ernst Schellenberg sein politisches Leben. Eine große Zeit seines Wirkens fiel in die Zeit der Opposition, umso nachdrücklicher forderte er sein Ziel der "größeren sozialen Gerechtigkeit" bei den Regierenden ein.

So hatte er 1957 maßgeblichen Anteil an der Neuordnung der Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte. Mit Beharrlichkeit und Leidenschaft brachte er die alte Forderung der Sozialdemokratie nach gleichem sozialen Recht für Arbeiter und Angestellte zum Ausdruck; sein Einsatz war von Erfolg gekrönt, denn die Regierung sah sich genötigt, wesentliche Teile des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes zu übernehmen. Die Rentenversicherung blieb ein

Schwerpunkt der Arbeit Ernst Schellenbergs. 1972 konnte er, diesmal selbst in der Regierungsmehrheit, seine Vorstellungen einer sozial gerechten Rentenpolitik verwirklichen. Die Einführung einer Rente nach Mindesteinkommen für Menschen, die trotz eines langen Arbeitslebens wegen zu niedriger Löhne zu niedrige Renten bekommen, der Übergang zur flexiblen Altersgrenze im Interesse der persönlichen Gestaltungsfreiheit des einzelnen und die soziale Absicherung von Frauen waren wesentliche Eckpunkte der Politik Ernst Schellenbergs. Gleichzeitig verstand er es, auf allen anderen Gebieten der Sozial- und Arbeitspolitik neue, sozial gerechte Konzeptionen zu entwickeln: in der Gesundheitspolitik, in der Krankenversicherung, in der Entwicklung von Arbeitsschutzprogrammen und nicht zuletzt auf dem großen Feld der betrieblichen Mitbestimmung für Arbeitnehmer.

Ernst Schellenberg war ungeduldig und deshalb oft unbequem, für den politischen Gegner, vielleicht auch für die eigene Fraktion. Aber diese Ungeduld war seine Antriebskraft, die er brauchte, um wirkliche Sozialreformen durchzusetzen.

(-/19. Februar 1992/st/ks)

DOKUMENTATION

Günter Gaus: Die Macht der Hüte und der deutsche Gruß unserer Tage (Teil III)

Günter Gaus analysiert den deutschen Einheitsprozeß in einem Referat, das wir in mehreren Teilen dokumentieren. Gaus eröffnete damit Anfang Februar die Veranstaltungsreihe "Zur Sache: Deutschland/Dresdner Reden '92", die vom Staatsschauspiel Dresden und der Verlagsgruppe Bertelsmann gestaltet wird. Zu Wort kamen beziehungsweise kommen in diesem Forum Christoph Hein, Egon Bahr und Willy Brandt. Der Vortrag von Gaus wird auch in der März-Ausgabe der "Neuen Deutschen Literatur" (Aufbau Verlag, Berlin) in vollem Umfang erscheinen.

Woher rührt die Ratlosigkeit mancher der ostdeutschen Gesprächspartner und Briefeschreiber, von der ich eingangs dieser Textpassage gesprochen habe? Viele von Ihnen grubelten über ihre moralische Verstrickung ins Unrecht, die sich aus einem zu langen, zaudernden Abschied von Irrtümern, die einmal ihre Hoffnungen waren, ergeben hatte. Auch Mittläufer zeigten sich betroffen. Ratlos waren fast alle, weil sie die Vergangenheit, wie sie ihnen nun überwiegend präsentiert wurde, nicht wiedererkannten. Die DDR ist nicht so gewesen, wie sie von ihren Regierenden dargestellt worden ist. Aber sie war auch nicht so oder nur in Teilen so, wie sie jetzt, nach der Wende, beschrieben wurde. Weder hatte es einen frühen, massenhaften Andrang zu Oppositionsgruppen gegeben, noch hatte die große Mehrheit der Frauen und Männer in der DDR ihr Leben in Furcht und Schrecken verbracht. Privates Glück wie privates Unglück hatten ihren Vorrang für die allermeisten Menschen ungeachtet der Stasipräsenz behaupten können. Es herrschte, anders als in vielen Landstrichen der Erde, keine materielle Existenznot.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen, die nicht widerlegt worden sind von der Wende, müßten die Fragen nach einer moralischen Schuld durch Mittäterschaft oder Gewährenlassen beginnen, wenn sie zu Antworten über die Minderheit der Opfer hinaus führen sollten. Zu suchen ist im Blick auf die DDR nicht nach dem Verhalten der Menschen unter einer Verfolgung, die auch den Unauffälligen direkt bedroht, vor der es kein Ausweichen gibt und der gegenüber also die Trennung einfach zu sein scheint zwischen verzweifelterm Widerstand und verzweifelterm

ter Passivität und - schwieriger schon - verzweifelter, nicht Überzeugtem Mittun als einer anderen Form der Unterwerfung; obwohl Berichte aus Gettos und Todeslagern ergeben, daß nicht einmal in ihnen die gewöhnliche Menschennatur sich auf eindeutige Begriffe bringen läßt. Danach ist nicht zu suchen. Für die DDR besteht das Fragwürdige in der Unmerklichkeit, mit der das persönliche Arrangement mit den gesellschaftlichen Normen, stillschweigend oder durch Lippenbekenntnis begründet, übergehen konnte in eine Komplizenschaft.

Aber auf welchem Maßstabsblatt, außer auf dem der ganz individuellen Selbstbesinnung, soll denn dieser Übergangspunkt markiert werden? Ein Punkt, der in Wahrheit kaum je einer war, sondern in der Regel konturlos auslief in noch einen und noch einen Kompromiß mit dem Bestehenden, aus unterschiedlichen, keineswegs immer unbedingt opportunistischen Motiven, oder zu weiter andauernder Gleichgültigkeit gegenüber allem, was nicht zum engsten Umfeld gehörte. Kein Punkt, der durch einen Blitzschlag erhellt wurde, von dem aus der Anstoß zu Einsicht und Umkehr überwältigend hätte werden können. Es gab keine Sammeltransporte von Juden zu sehen - und als sie einmal zu sehen gewesen waren, hatten auch nicht alle Großeltern der jetzt Erwachsenen sie wahrgenommen. Wenn am Arbeitsplatz morgens jemand fehlte, ohne in Urlaub oder krank zu sein, dann hatte er sich so gut wie immer, nichts anderes war man gewohnt, unterstellen zu müssen, die Ausreise ertrotzt oder war entlassen werden, weil er noch mitten in der Auseinandersetzung darüber war: in einem Kampf gegen Schikanen, den die Kolleginnen und Kollegen anteinehmend oder skeptisch über die Weisheit des Ausreiseantrags seit Monaten verfolgten. Der Versuch eines illegalen Grenzübertretts galt als leichtsinnig, paßte zur Bedenkenlosigkeit jüngerer Leute. Von einer gestatteten Reise nicht zurückzukommen und Frau und Kinder im Stich zu lassen - wie sollte man das wohl nennen? Der prominente Literat, der ohne Zwischenstation, oder der Aufmüpfige, der nach kurzer Haft nach drüben abgeschoben wurde - im vorherrschenden Empfinden der Zurückgebliebenen, der Unauffälligen hatten sie ziemlich preiswert erreicht, was sie, wie man vermutete, im Grunde gewollt hatten. So habe ich es oft gehört, die Rede ist von der Mehrheit der Bevölkerung und von der Zeit nach den stalinistischen Jahren der DDR.

Wer seinerzeit solche Vorgänge wie das Abgeschobenwerden, die Ausbürgerung allein oder ganz überwiegend nach seinen Interessenwerten eingeschätzt hat, dem mag heute rückblickend eine Schuld bewußt werden, weil er sich damals nicht über seinen Horizont hinaus mitbetroffen fühlte. Aber wenn er nun die Koordinaten sucht, auf denen er zu seiner moralischen Schluppe gelangt ist, dann findet er sie nicht mehr. Die jetzt nachgestellten Spuren seiner möglichen Mitschuld führen in Gefilde, in denen er sich nach seiner Kenntnis der Vergangenheit niemals aufgehalten hat. Das Zurückliegende, an dem er sich überprüfen soll, wozu er auch, mit abnehmender Bereitschaft, willens ist, wird ihm von den tonangebenden, westlich gestimmten Medien grob verfälscht dargeboten. In diesem Reich der Dämonen mochten andere ihre Not gehabt haben, er und seinesgleichen hatten nicht in ihm gelebt.

Sie haben nach ihrer mehrheitlichen Erinnerung in einem Gemeinwesen ihr Auskommen gesucht, an dem sie manches in Ordnung fanden; bedeutend mehr als unzulänglich ansahen, vor allem im ständigen Vergleichen ihrer Lebensumstände mit denen der bessergestellten Vettern und Basen im Westen; und vieles als einengend, lästig und vage bedrohlich zu ertragen hatten. Chancen konnten verkürzt werden, aber manche, Ausbildungschancen vor allem, hatte das System auch eröffnet - nicht nur für Genossen. Ganz oben auf der Liste des Bedrückenden standen der Mangel an Reisefreiheit, die beleidigende Augenauswischerel der Medien, die arrogante Willkür in Ämtern. Alles in allem ermattete, erschöpfte das Regime die Mehrheit der Bevölkerung eher, als daß es sie durchgängig trotzig werden ließ. Es gab auch Spaß, Erfolge, Kollegialität, gänzlich unpolitische Mißgunst, Ehekrisen, Versöhnungen, Kümmernisse mit den Kindern, strahlende Ferientage: alles Teile des Knäuels, in dem unter anderem auch steckten zweckmäßig verschleierte Distanz zum Politischen; Desillusionierungen; Durchstecher-

reien; routinemäßige Planmanipulationen; Untertänigkeit vor Leitungsebenen, aber auch Widerspruchsgestalt in Fragen, die sich im Rahmen hielten; redliches oder opportunistisches oder aus beidem gemischtes Engagement in der Hauptpartei, den Nebenparteien und Massenorganisationen.

Vom System vorgegeben war, daß es stärker und direkter als die pluralistische Ordnung ins Private hineinwirkte, in die Erziehung der Kinder etwa, um so vieles stärker und direkter, daß hier Quantität in Qualität, eine despotisch wirkende Qualität umschlug. Aber je mehr eine Familie sich den Absichten und Umständen nach im Unauffälligen bewegte, also zum Beispiel weder eine SED-Bindung besaß, die auf niedriger Ebene zunächst einmal noch eine aktenkundige Abweichung, etwa zu einer deutlichen kirchlichen Aktivität hin, sich leistete - desto eher war es ihr möglich, auch unter den gesellschaftlichen Bedingungen der DDR eine Normalität des Lebens zu empfinden und zu praktizieren.

Das muß jenen Westdeutschen, die nur ein nachträgliches Interesse an der DDR nehmen, schier unbegreiflich sein. Es fällt uns Menschen allgemein schwer, in andersartigen Lebensumständen anderes als deren Andersartigkeit zu erkennen - normal ist nur das jeweilige Wuppertal. Bessergestellte im besonderen scheinen die Annehmlichkeiten ihrer Verhältnisse unter anderem mit dem Verlust ihrer Vorstellungskraft bezahlen zu müssen, wie findig die weniger Begünstigten darin sind, eine ihnen mögliche Normalität durch Anpassung ans Gegebene zu behaupten: offenbar die Befriedigung eines Grundbedürfnisses. Für die Normalität, welche die Mehrheit der Menschen wo irgend möglich sich schafft - notfalls auch unter übleren Bedingungen als denen der DDR -, gibt es kein Urmeter, wie es als Metallstab, allen Einflüssen entzogen, in Paris aufbewahrt wird. (Und selbst dieser Grundstecken des Längenmaßes ist, wie moderne Messungen ergaben, nicht ganz genau.)

In der DDR waren für die Mehrheit der Bevölkerung Verhältnisse vorherrschend, die relativ erheblich schlechter waren als im anderen deutschen Staat und relativ erheblich besser als in den meisten Gegenden der Welt. Wir müßten nur den Blick heben, dann könnten wir es sehen. Bin ich noch immer nicht gänzlich von Illusionen befreit, wenn ich erwarte, eine solche Tatsache könne auch angesichts der gegenwärtigen deutschen Hutmode festgestellt werden, ohne daß dahinter geargwöhnt wird: eine Entschuldigung für die teils eingeborenen, teils aus einer besonderen Situation sich entwickelnden Fehler, Vergehen, Verbrechen in der DDR; eine Gleichgültigkeit in der Frage, ob es, wenn es denn so war, nicht so hätte bleiben können; eine Geringschätzung der Nöte auch der Unauffälligen im Land; ein beschwichtigendes, selbstbeschwichtigendes Aufrechnen der Repressionen dort gegen massivere Unterdrückung anderswo? Sollte ich besser davon ausgehen, daß unsere öffentliche Diskussion derzeit bodenlos ist, also ohne ein Fundament selbstverständlicher gemeinsamer Gesittung? Ich denke, ich habe niemals stärker an der Beständigkeit unseres Pluralismus gezweifelt als beim Beobachten der Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Es steht außer Frage, daß die Siegerpartei - die sich weithin wie eine solche benimmt, aber um keinen Preis so genannt sein will - in vielen Fällen nichts anderes verfolgt, ahndet als bloße Gesinnung, ohne dies in ihrer Befangenheit auch nur immer wahrzunehmen. Darin vor allem findet sich das Bestürzende: im bewußtlosen Abweichen vom Unterschied zum Vergangenen, der grundlegend sein sollte. Es ist kein Vergehen, es ist nicht moralisch anstößig, sich eine DDR ohne Fehl und Tadel gewünscht zu haben. Der Mangel an Einsicht in reale Möglichkeiten steht auf einem anderen Blatt.

Das heutige unmerkliche Fehlverhalten; das Stillschweigen der Wächter politischer Moral darüber; der weitgehende Verzicht auf Gewissensanspannung im Differenzieren zwischen Gesinnung und nachgewiesener, justitierbarer Schuld: Hier kann sich dem, der will, erschließen, wie dünn die Linie ist, jenseits der die Teilhabe am moralisch und ethisch Verwerflichen beginnt. Das westdeutsche Beispiel aus der Gegenwart weist den Weg zu ostdeutschen Verfehlungen

in der Vergangenheit. Es muß nicht eine Partei allein, unkontrolliert herrschen; kein Schnüffelapparat ist seinen Spitzeln das menschliche Zusammenleben pervertieren, bis er sich schließlich selber lähmt, aus der Menge seines Wissens am Ende wohl eher Ohnmacht als Macht bezieht, damit man spüren kann, daß etwas faul in einem Staate, einer Gesellschaft ist. Heinrich Böll fehlt uns. Sich auszumalen, was manchmal in Gesprächen geschieht, wie in Westdeutschland verfahren worden wäre, wenn die andere Seite gewonnen hätte und aus diesem vergleichenden politischen Sittengemälde auf unsere Vorzüglichkeit zu schließen: Wie moralisch genügsam sind wir geworden? Nur die Lumpen sind bescheiden.

Ich würde der ostdeutschen Mehrheit, der nichts anderes als irrige Gesinnung, zum kleineren Teil, oder Mitläufertum, zum größeren Teil, anzulasten ist, raten, einen ausgestreckten Zeigefinger gegen die westdeutschen Landsleute zurichten - müßte ich ihr nicht zu ihrem Fortkommen empfehlen, auch unter den neuen Gegebenheiten still mit dem Strom zu schwimmen. Viel ist erreicht, wenn der eine und andere Mitschwimmer künftig sich wenigstens nicht darüber täuscht, was er tut.

Das ist für die Schamanen jeder Gesellschaft, die sich so oder so auf ihre Volkslegitimität beruft, natürlich unerträglich; ein Menschenbild, das von der Geschichte immer wieder als authentisch nachgewiesen wird und den jeweiligen schmeichlerischen Beschwörungen seiner Tugenden hohnlacht. Nichts hat Kommunisten, wenn ich mit ihnen sprach, als ihre Partei das Land regierte, mehr irritiert als meine Zweifel an ihrem Menschen. Die Selbsttäuschung der Idealisten und der Opportunismus der Machtpraktiker, die Lippendienste zynisch als Glaubensbekenntnis gelten ließen, waren ihre Anpassung an die Wirklichkeit. Die repräsentative Demokratie des Pluralismus läßt den Menschen gewöhnlich ihre bescheidenen Maße, was zu ihren größten Freiheiten gehört.

Aber in historischen Zeiten werden auch in ihr die Regel-Menschen rhetorisch in ein Prokrustesbett gezwängt, bis ihre moralischen und ethischen Dimensionen den gesellschaftlichen Klischees entsprechen. Die Art Mensch, die so als Figur einer öffentlichen Rede ins Leben tritt, gespeist aus dem bildungsbürgerlichen Wortschatz der politischen Klasse - diese Art Mensch setzt mehrheitlich, nein: hundertprozentig das Gemeinwohl über den Eigennutz, allemal. Zum Volk zusammengeschlossen ist sie von höchstem Opfersinn, weitester Toleranz, tiefstem nationalen Empfinden bei gleichzeitiger, moderner Zusatz, Weltbürgerlichkeit beseelt. Sie kennt von Zeit zu Zeit nichts Schöneres, als der Humus der Geschichte, sozusagen ein freudiges Düngemittel, zu sein, weil sie so ihre Erfüllung findet.

Tatsächlich muß es schon viel unerträglicher sein, als es in der DDR für die Mehrheit der Menschen gewesen ist oder muß als einigermaßen risikolos eingeschätzt werden, die Helden der späten Demonstrationen marschieren auf, oder muß einer fanatischen Aufwallung entspringen - in welchem letzterem Falle man besser das Weite sucht -, damit die Masse der Menschen sich unmittelbar politisch engagiert.

(-/19. Februar 1992/st/ks)

(Den vierten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)